

DISKUSSIONSPAPIER

Postwachstumsgesellschaft konkret

Politische Ansatzpunkte zur Überwindung von Wachstumszwängen

Damian Ludewig und Eike Meyer

Zusammenfassung

Die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise der vergangenen Jahre führt in Verbindung mit den ausbleibenden Fortschritten bei der Lösung der Klimakrise und weiter zunehmendem Ressourcenverbrauch die Notwendigkeit einer Neuausrichtung unseres Wirtschaftssystems deutlich vor Augen. Die Zustimmung zur Marktwirtschaft als Wirtschaftssystem wie auch zu einer an materiellem Wachstum orientierten Politik hat denn auch deutlich abgenommen. Vor diesem Hintergrund muss die soziale Marktwirtschaft dringend zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden, die nicht mehr in erster Linie auf quantitatives Wirtschaftswachstum, sondern auf tatsächlichen Wohlstand und Lebensqualität ausgerichtet ist und zudem gleichzeitig die Einhaltung der ökologischen Grenzen unseres Planeten sicherstellt. Für letzteres ist eine (bedeutende) Steigerung der Ressourcenproduktivität die Schlüsselstrategie. Sollte sich die absolute Entkopplung des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum jedoch nicht in ausreichendem Maße erreichen lassen, muss letztlich auch die Frage gestellt werden, wie ein Wirtschaftssystem gestaltet werden könnte, das nicht auf Wachstum angewiesen ist. Dafür lassen sich bereits heute einige Ansatzpunkte identifizieren. Diese umzusetzen, würde keine grundsätzliche Abkehr von der Marktwirtschaft als wirtschaftlichen Ordnungsrahmen bedeuten, sondern ihre Ergänzung um stärkere soziale und ökologische Leitplanken. So könnten die Abhängigkeit von Wirtschaftswachstum reduziert, die Einhaltung der ökologischen Grenzen sichergestellt und die soziale Teilhabe verbessert werden.

Inhalt

1	Einführung.....	2
2	Von der wachstums- zu einer wohlfahrtsorientierten Politik	3
3	Grenzen des Wachstums oder Wachstum der Grenzen?	5
4	Wachstumszwänge identifizieren und überwinden	7
5	Schlussbemerkungen.....	10
6	Literatur	11

1 Einführung

Die Marktwirtschaft hat sich historisch gegenüber zentral gesteuerten Planwirtschaften als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen. Sie hat das Potential, Eigeninitiative und Gewinnstreben Einzelner zur Mehrung des gesamtgesellschaftlichen Reichtums optimal zu nutzen. In den vergangenen Jahren hat die Marktwirtschaft - nicht zuletzt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise, aber auch durch mangelnden Fortschritt bei der Lösung der Klima- und Umweltkrise - jedoch deutlich an Strahlkraft verloren. 81 Prozent der Deutschen wünschen sich heute eine neue Wirtschaftsordnung, wie das Meinungsforschungsinstitut Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung im vergangenen Jahr ermittelte. Laut Befragung sind zwei Drittel der Bevölkerung der Meinung, der Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Form sorge weder für einen "sozialen Ausgleich in der Gesellschaft" noch für den "Schutz der Umwelt" oder einen "sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen". An die "Selbstheilungskräfte des Marktes" glauben nur 31 Prozent der Bevölkerung. Gesundheit, soziale Beziehungen und der Schutz der Umwelt sind den meisten Deutschen wichtiger als "Geld und Besitz zu mehren". In einer Zeit großer ökologischer Herausforderungen und historischer Ausmaße bei der Staatsverschuldung stimmt die übergroße Mehrheit schließlich sogar der Aussage zu, "Wohlstand ist für mich weniger wichtig als Umweltschutz und der Abbau von Schulden" (TNS Emnid 2012).

Die verschiedenen Krisen zeigen, dass Gewinnmaximierung, Renditestreben und Wachstum sowohl aus sozialer als auch aus ökologischer Perspektive eine Kehrseite haben. Um das Wohlergehen aller Menschen zu sichern und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, müssen der Marktwirtschaft daher starke soziale und ökologische Leitplanken gesetzt werden. Die Herausforderung vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krisen ist, die soziale Marktwirtschaft zu revitalisieren und gleichzeitig so weiterzuentwickeln, dass sie wesentliche Zukunftsprobleme wie den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und den sozialen Ausgleich lösen kann und trotzdem größtmögliche individuelle Handlungsspielräume und damit die Freiheit des Einzelnen erhalten bleiben - die soziale Marktwirtschaft also zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln.

Gleichzeitig ist die Frage, ob sich dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit den ökologischen Grenzen unserer Erde vereinbaren lässt, wieder stärker in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen und politischen Debatte gerückt. Optimisten halten „grünes Wachstum“ für möglich, Skeptiker warnen, dass sich Wachstum nicht ausreichend vom Ressourcenverbrauch entkoppeln lassen wird. Auf der politischen Ebene ist von diesen Zweifeln in der Praxis noch nicht viel zu spüren: In Deutschland beschloss die schwarz-gelbe Bundesregierung zu Beginn der Legislatur ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Während SPD und Grüne dies in der Innenpolitik kritisierten, setzen sie sich auf EU-Ebene für aktive Wachstumspolitik zur Lösung der EU-Schuldenkrise ein. Auf der Seite der Wachstumskritiker mangelt es dagegen bisher meist an realpolitischen Ansätzen: Die einen fordern eine Postwachstumsgesellschaft „von unten“, in der Bürger_innen durch Verzicht und Selbstversorgung die Wirtschaft schrumpfen lassen. Für andere muss zunächst der Kapitalismus als „Grundübel“ beseitigt werden, bevor eine Wirtschaft ohne Umweltzerstörung denkbar ist.

Was in der Debatte meist zu kurz kommt, sind konstruktive Auseinandersetzungen über konkrete politische Handlungsansätze für eine Postwachstumsgesellschaft. Eine Postwachstumsgesellschaft, wie wir sie meinen, ist nicht zwangsläufig eine Gesellschaft, in der die Wirtschaftleistung nicht mehr wächst. Sie ist aber eine Gesellschaft, in der die Wirtschaft nicht mehr wachsen *muss*, um „Wohlstand für alle“ zu erzeugen. Solange die Fragen, ob exponentielles Wachstum künftig möglich sein wird und dieses gleichzeitig von steigendem Ressourcenverbrauch absolut entkoppelt und mit den ökologischen Tragfähigkeitsgrenzen unserer Erde in Einklang gebracht werden kann, sich nicht mit Sicherheit positiv beantworten lassen, gebietet alleine das Vorsorgeprinzip, sich Gedanken über eine so verstandene Postwachstumsgesellschaft zu machen. Statt einer Politik, die weiter auf Wirtschaftswachstum fokussiert ist, brauchen wir dringend eine Politik, die sich an tatsächlichem Wohlstand, am langfristigen Wohlergehen der Menschen orientiert. Im Zentrum müssen daher heute Handlungsansätze stehen, die geeignet sind, die Wachstumszwänge unseres Wirtschaftssystems zu überwinden - möglichst ohne dabei Wachstumspotentiale zu mindern.

Drei solcher Wachstumszwänge, die wir in diesem Diskussionspapier ansprechen, sind die hohe Staatsverschuldung, der demographische Wandel und die steigende Arbeitsproduktivität. Gemeinsam ist diesen Phänomenen, dass sie eine Politik, die auf möglichst hohe Wachstumsraten setzt, für gewählte politische Entscheidungsträger mindestens attraktiv macht. Ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt (BIP) erleichtert den Schuldendienst, entschärft den Verteilungskonflikt zwischen Einzahlern und Empfängern sozialer Sicherungssysteme und ermöglicht eine gleich bleibende Beschäftigungsquote auch wenn die Produktivität jeder einzelnen Arbeitsstunde immer weiter zunimmt und die durchschnittliche individuelle Arbeitszeit gleich bleibt.

Postwachstumsgesellschaft und ökologisch-soziale Marktwirtschaft sind dabei keine identischen Konzepte, gehen aber weitgehend Hand in Hand. In dem Maße, wie der Marktwirtschaft starke soziale und ökologische Leitplanken gesetzt werden, werden der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die Beteiligungschancen aller Menschen am gesellschaftlichen Wohlstand gegenüber dem BIP-Wachstum als Selbstzweck in den Vordergrund gestellt. Auch viele konkrete politische Projekte einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft sind zugleich kompatibel mit Strategien, die die Wachstumszwänge des gegenwärtigen Wirtschaftssystems überwinden können und unterstützen diese. Zu diesen Projekten gehören u.a. der Abbau umweltschädlicher Subventionen, die Fortführung der Ökologischen Steuerreform, Zertifikatelösungen dort, wo absolute Grenzen adressiert werden sollen, aber auch Strategien für eine Substitution von materiellem durch Zeitwohlstand, umverteilende Steuern und eine bessere Regulierung der Finanzmärkte.

2 Von der wachstums- zu einer wohlfahrtsorientierten Politik

2.1 Wachstums, Wohlstand, Lebensqualität

Lange Zeit galt Wirtschaftswachstum als gleichbedeutend mit der Zunahme gesellschaftlichen Wohlstands. Solange die Produktion von Gütern und Dienstleistungen zunahm, verbesserte sich in der Tat das Versorgungsangebot der Bevölkerung und damit auch die Lebensqualität. Während dieses Modell der Wohlstandsmehrung auch heute noch für die vielen Menschen am unteren Ende der globalen Einkommenskala in Entwicklungs- und Schwellenländern aufgehen mag, die ein Recht auf die Verbesserung ihrer materiellen Verhältnisse haben, hat es sich in den Industrieländern zunehmend erschöpft. Auch einige Schwellenländer wie China beginnen sich hier bereits umzuorientieren, da sie nach einem starken Wachstumsschub auch die ökologischen und sozialen Kehrseiten dessen zu spüren bekommen. Dass materieller Wohlstand für das individuelle Glücksempfinden nur bis zu einer bestimmten Schwelle eine Rolle spielt, ist eine lange bekannte Erkenntnis der Glücksforschung. Andere Werte wie Selbstbestimmung, sozialer Zusammenhalt und eine intakte Umwelt sind für die Lebensqualität mindestens ebenso wichtig und gewinnen umso mehr an Bedeutung, je mehr die materiellen Bedürfnisse grundsätzlich befriedigt sind. Um diese Bedürfnisse zu erfüllen, ist Wirtschaftswachstum nicht die entscheidende und oftmals auch keine zielführende Strategie. Im Gegenteil steht es häufig gerade im Konflikt mit diesen Zielen, wenn es zum Beispiel mit Ausbeutung der Natur oder zunehmenden Belastungen in der Arbeitswelt einhergeht. Viele Menschen in Deutschland sehen vor diesem Hintergrund den Zusammenhang zwischen Wohlstand und Wachstum immer skeptischer, wie auch die Ergebnisse der in der Einleitung zitierten Umfrage zeigen. Nicht umsonst hat sich daher auch eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag der Frage angenommen, wie Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität zusammenhängen. Ihre zweijährige Arbeit stellte einen Versuch dar, sich parteiübergreifend über den Stellenwert von Wachstum für die Gesellschaft zu verständigen und politische Handlungsnotwendigkeiten abzuleiten (Deutscher Bundestag 2013). Der im Frühjahr 2013 vorgelegte Abschlussbericht ist allerdings in großen Teilen ein Zeugnis davon, wie sehr bei dieser Frage die Einschätzungen zwischen den politischen Lagern auseinanderliegen. Insbesondere bei der zentralen Frage, welche Rolle wirtschaftliches Wachstum für den Wohlstand spielt, wurde die Kluft offenbar: Während es im Abschlussbericht der entsprechenden Arbeitsgruppe, der mit den Stimmen der Koalition verabschiedet wurde, heißt, „dass Wachstum ein nützliches Instrument zur Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt“ darstellt,

brachten die Oppositionsfraktionen in einem alternativen Dokument ihre Zweifel an diesem Glaubenssatz zum Ausdruck und sprechen sich für mehr sozial-ökologische Rahmensetzung durch den Staat aus, die langfristige Ziele für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung definiert und dabei über eine einseitig auf Wachstum (und Schuldenabbau) ausgerichtete Wirtschaftspolitik hinausgeht.

2.2 Begrenztheit des BIP als Wohlfahrtsmaß

Um die Erfolge einer Politik, die auf Wohlstand und Lebensqualität statt auf quantitatives Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist, messen und bewerten zu können, sind entsprechende Indikatoren notwendig. Jahrzehntlang hat sich die Politik an der Schaffung von wirtschaftlichem Wachstum ausgerichtet wie an keinem anderen Politikziel. Wirtschaftswachstum, gemessen an der Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP), galt und gilt bis heute weitgehend als Anzeichen oder gar als Voraussetzung für zunehmenden Wohlstand in der Gesellschaft. Dabei war das BIP ursprünglich gar nicht als Wohlfahrtsmaß konzipiert worden, sondern lediglich als Maß für alle innerhalb eines Jahres auf dem Markt verkauften Waren und Dienstleistungen. Weil seine Berechnung auf einem international einheitlichen Verfahren beruht, erlaubt das BIP Vergleiche zwischen einzelnen Staaten und Regionen in Bezug auf die Leistungsfähigkeit ihrer Wirtschaft. Vor allem darin besteht auch heute der unstrittige Wert des Indikators.

Doch hat das BIP auch bedeutende Schwächen: Ganz grundsätzlich lässt sich einwenden, dass es immaterielle Aspekte von Wohlstand und Glück - z.B. den Wert von Freizeit und sozialen Bindungen oder den ästhetischen Wert einer unzerstörten Landschaft - ausblendet. Doch auch die Messung des tatsächlichen materiellen Reichtums ist verzerrt: Auf der einen Seite bleibt der gesamte informelle Bereich der Ökonomie unberücksichtigt, also Leistungen, die zum Beispiel durch unentgeltliche Hausarbeit, Kindererziehung, Nachbarschaftshilfe oder Ehrenamt erbracht werden, obwohl sie den Reichtum einer Gesellschaft (auch materiell) durchaus mehren. Auf der anderen Seite werden ökologische und soziale Effekte nicht angemessen berücksichtigt, auch wenn diese offensichtliche Kosten verursachen. Die Leistungen der Natur zum Beispiel, also die Bereitstellung von Roh- und die Aufnahme von Schadstoffen, werden als unentgeltliche Leistungen betrachtet und gehen nicht in die Berechnung ein, obwohl die Abholzung von Urwäldern, die Belastung von Gewässern mit Schadstoffen und die Überlastung der Atmosphäre mit Treibhausgasen offenkundig den tatsächlichen Wohlstand mindern. Die Kosten von Umweltverschmutzung werden zudem nicht nur nicht negativ erfasst, sondern können im Gegenteil das BIP steigern, wenn zu ihrer Behebung Dienstleistungen erbracht werden, wie zum Beispiel die Reinigung verseuchter Gewässer oder die Restaurierung einer von Luftschadstoffen angegriffenen Gebäudefassade. Auch die gesundheitlichen Auswirkungen von Umweltbelastungen und einer von Leistungsdruck und Selbstoptimierung getriebenen Arbeitswelt schlagen bei Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen positiv im BIP zu Buche. Das gleiche gilt für Unfälle und die positiven Effekte für die Wirtschaft dank Nachfrage nach Reparaturleistungen, obwohl offensichtlich ist, dass Unfälle sich in der Bilanz negativ auf den Wohlstand auswirken.

Schließlich bleibt auch die Verteilung des materiellen Reichtums im BIP unberücksichtigt. Selbst wenn es wächst, ist noch keine Aussage darüber getroffen, ob alle Bevölkerungsschichten etwas von dieser Zunahme des Reichtums haben. Es ist gut möglich und in der Tat nicht selten zu beobachten, dass trotz positiver Wachstumswahlen die Armut in einer Gesellschaft zunimmt - und so die Wohlfahrt auch der Gesamtgesellschaft beeinträchtigt wird.

Überlegungen, wie sich das BIP ergänzen lässt, hat es in der Vergangenheit bereits in vielfältiger Form gegeben: Für die Vereinten Nationen hat Mahbub ul Haq den Human Development Index entwickelt, der seit 1990 für jedes Mitgliedsland im Human Development Report veröffentlicht wird. Neben dem Pro-Kopf-Einkommen berücksichtigt er auch Faktoren wie durchschnittliche Lebenserwartung und durchschnittlichen Bildungsgrad¹. Mathis Wackernagel und William Rees haben 1994 den "ökologischen Fußabdruck" entwickelt, ein Maß für den Naturverbrauch, der mit dem durchschnittlichen Konsum in einer Gesellschaft

¹ <http://hdr.undp.org/en/reports/>

verbunden ist². Das Himalaya-Königreich Bhutan richtet seine Politik seit 2008 an der Steigerung des „Bruttosozialglücks“ aus und hat Methoden der Messung und Politiken der Umsetzung entwickelt³. Anfang 2008 setzte die französische Regierung eine Kommission ein, der unter anderem die Nobelpreisträger Amartya Sen und Joseph Stiglitz angehörten, die Reformvorschläge für das BIP machen sollte. Inzwischen hat diese Kommission einen 300 Seiten starken Bericht vorgelegt (CMEPSP 2010). Im Auftrag des Umweltbundesamtes haben Hans Diefenbacher und Roland Zieschank ebenfalls 2008 einen Nationalen Wohlfahrtsindex entwickelt (UBA 2010). Beide Konzepte wollen Wohlstand anzeigen, indem sie die Messung auf den Verbrauch der privaten Haushalte beschränken (und viele der Umsätze, die Unternehmen untereinander machen, ausblenden), Leistungen, die durch informelle Tätigkeiten erbracht werden (also Hausarbeit, Ehrenamt, etc.) einberechnen und den Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen, Unfallkosten und dergleichen negativ anrechnen. Die französische Kommission möchte zudem auch Umfrageergebnisse zur subjektiv empfundenen Lebensqualität in den Index einbeziehen. Diefenbacher und Zieschank hingegen beschränken sich auf monetär bewertbare Größen.

Auch die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages hat sich der Suche nach neuen Indikatoren angenommen. Einig war man sich, dass dem BIP als Wohlstandsmaß weitere Indikatoren zur Seite gestellt werden sollen. In der zuständigen Projektgruppe konnten sich die Abgeordneten und Sachverständigen jedoch nicht vollständig einigen: Mit den Stimmen der Koalition wurde ein „Leitindikatoren-Modell“ verabschiedet, das anhand von zehn Messwerten⁴ Aufschluss über die materielle Wohlstandsentwicklung, die soziale Teilhabe und die Qualität der Umwelt geben soll (Deutscher Bundestag 2013). In den Augen der Mitglieder der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, ist diese Sammlung an Indikatoren zu unübersichtlich und ungeeignet, das BIP als alleinigen Kompass der Politik zu ersetzen. Sie haben einen „Wohlstandskompass“ als alternatives Modell vorgeschlagen, der Wohlstand anhand von lediglich vier Indikatoren messen soll: dem BIP, der Einkommensverteilung, dem ökologischen Fußabdruck und einer Befragung zur Lebenszufriedenheit (Deutscher Bundestag 2013).

3 Grenzen des Wachstums oder Wachstum der Grenzen?

Parallel zu der Debatte darüber, wie sich Wohlstand messen lässt, ist vor allem auch die Frage, ob permanentes Wirtschaftswachstum sich überhaupt mit den Grenzen des Planeten vereinbaren lässt, (wieder) ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Die absoluten Grenzen, die der Planet der Wirtschaft und Gesellschaft durch die begrenzte Verfügbarkeit von Ressourcen und Aufnahmefähigkeit der Senken setzt, sind zweifelsohne wichtige Parameter für eine wohlfahrtsorientierte Politik. Aus ökologischer Perspektive ist das Wachstumsparadigma insofern problematisch, als dass es in der Vergangenheit stets mit einer Zunahme der Umweltbelastung einhergegangen ist. Wirtschaftliche Aktivität ist schließlich immer an Ressourcenverbrauch geknüpft. Annähernd proportional zur globalen Wirtschaftsleistung ist daher auch der Rohstoffverbrauch in der Vergangenheit gestiegen: Von etwa zehn Milliarden Tonnen im Jahr 1920 auf rund 50 Milliarden in 2000. Für 2030 wird ein Verbrauch von etwa 100 Milliarden Tonnen prognostiziert (Lutz/Giljum 2009). In ähnlicher Form haben die Versiegelung von Flächen und die Emissionen von CO₂ und Schadstoffen in Luft, Böden oder Gewässer global betrachtet zusammen mit dem BIP zugenommen. Das Problem der ökologischen Grenzen des Wachstums ist spätestens seit der Veröffentlichung des Berichts des Club of Rome 1972 bekannt (Meadows et al. 1972). Diese Grenzen bestehen zum einen in der beschränkten Verfügbarkeit nicht-erneuerbarer Ressourcen und nutzbarer Flächen sowie dem begrenzten Regenerationsvermögen nachwachsender Rohstoffe. Zum anderen liegen sie in der ebenfalls begrenzten Absorptions-

² http://www.footprintnetwork.org/de/index.php/GFN/page/basics_introduction/

³ <http://www.grossnationalhappiness.com/>

⁴ Neben dem BIP auch die Einkommensverteilung, die Staatsschuldenquote, die Beschäftigungsquote, die Quote der höheren Bildungsabschlüsse, die Lebenserwartung, der Weltbank-Indikator „Voice & Accountability“ als Messwert für Freiheit, Treibhausgasemissionen, Biodiversitätsverlust, die Stickstoffbilanz.

fähigkeit der Ökosysteme von menschengemachten Emissionen. Ein dauerhaftes Überschreiten dieser Grenzen ist nur bei Inkaufnahme zunehmend unkontrollierbarer Umweltkrisen möglich. Der Klimawandel ist dafür das bekannteste und am besten erforschte, aber bei weitem nicht das einzige Beispiel⁵.

Eine weitere Zunahme des materiellen Reichtums weltweit ist dauerhaft also nur möglich, wenn sich dieses Wachstum von der Belastung der Natur absolut entkoppeln lässt. Ein Großteil der umweltpolitischen Diskussion steht seit mehreren Jahren ganz im Zeichen dieser Perspektive: Durch Umwelt- und Effizienztechnologien sollen Ressourcenverbrauch und Schadstoffemissionen vom Wachstum der Güter- und Dienstleistungsversorgung unabhängig gemacht und so „grünes Wachstum“ ermöglicht werden. Dieses Leitbild einer „ökologischen Modernisierung“ stellt eine Abkehr von der früher vorherrschenden Annahme dar, dass Umweltschutz vor allem einen Kostenfaktor darstellt, der die internationale Wettbewerbsfähigkeit verringert. Stattdessen wird nun davon ausgegangen, dass die Investition in energie- und ressourceneffiziente Technologien gleichermaßen zur Vermeidung von Umweltschäden und zur Schonung von Ressourcen wie zur Sicherung eines globalen Wettbewerbsvorteils und zur Schaffung von Wirtschaftswachstum beitragen kann. Die durch technologischen Fortschritt erzielte Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch könnte statt den Grenzen des Wachstums vielmehr das „Wachstum der Grenzen“ ermöglichen (OECD 2011; UNEP 2010; Jänicke/Jacob 2008).

Diesem Optimismus für grünes Wachstum steht die Skepsis anderer gegenüber, die die Meinung vertreten, dass in einer auf permanentes Wachstum und permanente Produktivitätssteigerung ausgerichteten Wirtschaft die notwendige Entkopplung vom Ressourcenverbrauch und die Entlastung der Ökosysteme nicht erreicht werden kann. Umweltschützer mahnen eine Abkehr vom Wachstumsparadigma an, weil sie die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit teils als überschritten, teils als nahezu erreicht ansehen und auf primär technikgetriebene Lösungen nicht setzen wollen. Sie gehen davon aus, dass das, was an Umweltentlastung durch größere Effizienz gewonnen wird, durch Wachstumseffekte an anderer Stelle wieder aufgezehrt wird. Zwar wird es mit der Zeit immer effizientere Autos geben, dafür aber immer mehr davon und insgesamt auch mehr Fahrleistung, effizientere Elektrogeräte, aber immer mehr elektrische Anwendungen, immer effizientere Heizungen, aber immer mehr zu beheizende Wohnfläche etc. Das Geld, das Konsumenten und Unternehmen durch bessere Technik sparen, wird sogleich in neue Konsumoptionen und Investitionen gesteckt. Studien gehen davon aus, dass dieser sogenannte Rebound-Effekt mindestens 50 Prozent beträgt (Santarius 2012; Madlener/Alcott 2012). Das hieße, Effizienzgewinne durch technischen Fortschritt werden mindestens zur Hälfte durch mehr oder anderen ökologisch schädlichen Konsum wieder ausgeglichen, so dass die tatsächliche ökologisch positive Wirkung des bisherigen technischen Fortschritts massiv gemindert wird. Der Umfang des Rebound-Effekts ist umstritten, aber er stellt Strategien für „grünes Wachstum“ vor eine große Herausforderung. Denn wenn tatsächlich Rebound-Effekte in dieser Größenordnung vorliegen würden, hieße dies, dass die Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum bisher kaum gelungen ist und auch zukünftig nicht ohne weiteres durch Effizienzsteigerung alleine zu bewirken wäre. Dann wäre die einzig wirklich wirksame Strategie zur Erreichung ökologischer Ziele tatsächlich eine Schrumpfungstrategie.

Gesamtwirtschaftlich betrachtet wird es in der Realität darauf hinauslaufen, dass auch in Zukunft einige Wirtschaftsbereiche wachsen und andere schrumpfen werden. Im Angesicht der gegenwärtigen (kurzfristigen) ökologischen Herausforderungen und technischen Möglichkeiten wird es große Investitionen in die Gebäudedämmung, in den Ausbau Erneuerbarer Energien, und die Ausweitung des öffentlichen Verkehrs geben müssen, die in diesen Wirtschaftsbereichen zu starkem Wachstum führen werden. Innovationen hier werden aber auch künftig mit „schöpferischer Zerstörung“ an anderer Stelle einhergehen. Die Frage, ob dieser wirtschaftliche Strukturwandel im Saldo in Zukunft zu gesamtwirtschaftlichen Wachstum führt und wenn ja in welchem Ausmaß, ist dadurch noch nicht beantwortet. Erst recht in der langfristigen Perspekti-

⁵ Rockström et al. (2009) haben das Konzept der planetarischen Belastungsgrenzen geprägt, innerhalb derer ein sicherer Handlungsraum für die Menschheit gewährleistet bleibt. Diese Grenzen haben sie für zehn natürliche Systeme und Prozesse identifiziert. Bei drei dieser Prozesse sind die Grenzen der Belastbarkeit nach ihrer Einschätzung bereits überschritten: dem Klimawandel, der Biodiversitätsverluste und dem Stickstoffzyklus.

ve stellt sich die Frage, ob der ökologische Umbau der Wirtschaft, der heute begonnen wird, dazu geeignet ist, dauerhaftes Wachstum zu ermöglichen. Was passiert, wenn einmal alle Häuser gedämmt, die Energieversorgung auf Erneuerbare Energien umgestellt und das Verkehrssystem umorganisiert ist, ist durchaus eine Überlegung wert: Null-Energiehäuser brauchen eben kein Heizöl mehr und tragen insofern auch wenig zum BIP bei, wenn sie einmal errichtet sind. Windräder, die einmal aufgestellt sind, drehen sich von alleine - die „Sonne schickt keine Rechnung“. Somit fließt auch die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien mit Grenzkosten nahe Null kaum noch positiv ins BIP ein. Ob der Erhaltungsaufwand und die Ersatzinvestitionen alleine ausreichend hoch sein werden, um die bestehende Wirtschaftsleistung aufrecht zu erhalten oder gar dauerhaftes quantitatives Wachstum zu schaffen, ist mindestens fraglich. Mittelfristig kann die Wirtschaft also durch den notwendigen ökologischen Umbau sogar einen kräftigen zusätzlichen Wachstumsschub erhalten. Langfristig kann die Entwicklung aber unter Umständen anders aussehen: Dann wird zwar weiterhin Wohlstand geschaffen (Wohnen im Warmen, Stromversorgung, Mobilität), dies aber möglicherweise ohne weiteres quantitatives Wachstum.

Unabhängig davon, wie optimistisch oder pessimistisch man künftige Wachstumspotentiale einschätzt - im Mittelpunkt muss in Zukunft die Einhaltung ökologischer Grenzen stehen. Dazu müssen starke ökologische Leitplanken gesetzt werden. Wenn innerhalb dieses Rahmens, den das globale Ökosystem vorgibt und für dessen Einhaltung die Politik sorgen muss, Entkoppelung in ausreichendem Maße gelingt und die Wirtschaft es schafft, innerhalb der planetaren Grenzen weiter zu wachsen, ist gegen quantitatives Wirtschaftswachstum kaum etwas einzuwenden - im Gegenteil. Wenn sich aber herausstellt, dass Entkopplung in diesem Ausmaß nicht möglich ist oder zumindest nicht erreicht wird, dann wird absehbar der Punkt erreicht werden, an dem weiteres Wirtschaftswachstum nur zu dem Preis katastrophaler globaler Umweltveränderungen möglich ist, die die Lebensbedingungen vieler Menschen weltweit verschlechtern. Solange also nicht zweifelsfrei geklärt ist, dass eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch in ökologisch ausreichendem Maße möglich ist, sollte man sich zumindest darüber Gedanken machen, wie unser derzeitiges Wirtschaftssystem so angepasst werden kann, dass es auch ohne Wachstum überlebensfähig ist und Wohlstand für alle generieren kann.

Die Existenz planetarer Grenzen und deren Absolutheit hat immerhin auch die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages anerkannt: „Angesichts der globalen Überschreitung von kritischen Umweltraumgrenzen bedarf es in den kommenden Jahrzehnten einer absoluten Reduktion der Nutzung dieser Ressourcen“, heißt es im Abschlussbericht der zuständigen Arbeitsgruppe, der einstimmig von allen Fraktionen beschlossen wurde. Auch die Erkenntnis, dass für die Einhaltung dieser Grenzen technische Effizienzmaßnahmen alleine aufgrund des Auftretens von Rebound-Effekten nicht ausreichend sind, hat Eingang in den Bericht gefunden. Selbst wenn es mit der Einigkeit der Kommission bei der Ableitung von konkreten politischen Handlungsnotwendigkeiten aus dieser Einsicht bereits wieder vorbei war, ist diese Anerkennung von absoluten Grenzen und der Notwendigkeit von politischer Rahmensetzung zu ihrer Einhaltung über die politischen Lager hinweg immerhin als kleiner Erfolg der zweijährigen Enquete-Arbeit zu sehen.

4 Wachstumszwänge identifizieren und überwinden

Für die Zukunft bedarf es aber konkreter politischer Strategien, die darauf ausgerichtet sind, die wirtschaftliche Entwicklung am tatsächlichen Wohlergehen des Menschen und den Grenzen der Natur auszurichten und eine Dynamik des „Wachstums um des Wachstums willen“ zu überwinden. Einige Wachstumszwänge sind dabei nicht unbedingt dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem oder gar dem Kapitalismus inhärent. Sie sind vielmehr in den etablierten politischen Antworten auf gesellschaftliche und ökonomische Problemstellungen begründet - und lassen sich daher auch innerhalb des bestehenden Systems politisch überwinden.

Die Staatsverschuldung, der demographische Wandel und die steigende Arbeitsproduktivität sind drei Beispiele für solche Wachstumszwänge. Es sind politische Herausforderungen, die aus gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen entstehen. Gemeinsam ist diesen Herausforderungen, dass sie eine Politik, die auf möglichst hohe Wachstumsraten setzt, für politische Entscheidungsträger attraktiv machen. Ein

wachsendes BIP erleichtert den Schuldendienst, entschärft den Verteilungskonflikt zwischen Einzahlern und Empfängern sozialer Sicherungssysteme und ermöglicht eine gleich bleibende Beschäftigungsquote, auch wenn die Produktivität jeder einzelnen Arbeitsstunde und die Zahl der Beschäftigten immer weiter zunimmt und die 40-Stunden-Woche die Regel bleibt. Um die Wachstumszwänge zu überwinden, die sich in der Vergangenheit aus diesen Entwicklungen ergeben haben, ist es dringend notwendig, dass die Politik alternative Strategien findet, auf diese Herausforderungen zu reagieren.

4.1 Arbeitsmarkt

Die kontinuierliche Steigerung der Arbeitsproduktivität gehört zu den wichtigen Treibern des Wirtschaftswachstums. Seit 1950 hat sich der durchschnittliche Wert, der durch eine geleistete Arbeitsstunde in Deutschland geschaffen wurde, inflationsbereinigt mehr als verachtfacht (The Conference Board 2013). Diese Produktivitätssteigerung hat einen großen Beitrag zur Steigerung des materiellen Reichtums in Deutschland geleistet. Sie hat allerdings die Kehrseite, dass immer mehr wirtschaftlicher Output durch immer weniger menschliche Arbeitskraft geschaffen werden kann. Würde die Wirtschaftsleistung bei weiter steigender Arbeitsproduktivität stagnieren, hieße das, dass die Arbeitslosigkeit zunähme. Da Vollbeschäftigung aber zurecht ein wichtiges Politikziel ist, müssen durch Wachstum immer wieder neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Eine mögliche Strategie, den so entstehenden Wachstumszwang zu reduzieren, besteht darin, die Innovationsanreize für weitere Produktivitätssteigerungen von der Arbeits- auf die Ressourcenproduktivität zu verlagern. Dem Staat steht hier mit seiner Fiskalpolitik ein wirksamer Hebel zur Verfügung. Heute finanziert er sich noch zu mehr als 60 Prozent durch Steuern und Abgaben auf Arbeit. Neben den auf dem Arbeitsmarkt verhandelten Lohnsteigerungen ist es vor allem diese Belastung durch Einkommensteuern und Sozialabgaben, die diesen Produktionsfaktor immer teurer macht und auf diese Weise einen starken Rationalisierungsdruck schafft. Steuern und Abgaben auf den Umwelt- und Ressourcenverbrauch hingegen tragen mit wenig mehr als 5 Prozent zum Staatsbudget bei (Meyer et al. 2013). Dabei sind die Preise hier nach wie vor zu gering und der Anreiz wirklich relevante Effizienzfortschritte zu erzielen für Unternehmen weitaus geringer als beim Einsatz von Arbeit. Diese Unterschiede bei den Preisanreizen haben messbare Konsequenzen: In den vergangenen Jahrzehnten ist die Arbeitsproduktivität stärker gestiegen, als Ressourcenproduktivität. Korrigierte man diese Verzerrung des Steuersystems - zum Beispiel durch eine Ökologische Steuerreform - könnten andere Anreize geschaffen werden. Unternehmen würden ihre Innovationsanstrengungen mehr auf eine Steigerung der Ressourcenproduktivität konzentrieren als auf die der Arbeitsproduktivität. Dadurch würde der Wachstumsdruck sinken und es würden bessere Rahmenbedingungen zumindest für eine relative Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Naturverbrauch geschaffen werden.

Ein weiterer möglicher Ansatz für eine Minderung des Wachstumsdrucks durch die steigende Arbeitsproduktivität ist eine andere Verteilung der Arbeitszeit. Durch eine bewusste Reduzierung der individuellen Arbeitszeit kann Vollbeschäftigung auch ohne eine Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Outputs erreicht werden. Dabei könnte man sowohl bei der Wochen- (Teilzeit), der Jahres- (Urlaubsanspruch, Feiertage) als auch der Lebensarbeitszeit (Ausbildungszeiten, Sabbaticals, Rentenalter) ansetzen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde bei gleichbleibenden Stundenlöhnen natürlich mit einem Verzicht auf materiellen Reichtum einhergehen. Dies würde zwar kompensiert durch einen Gewinn an Zeitwohlstand, was für viele Menschen in höheren Einkommensgruppen durchaus attraktiv sein dürfte. Für Arbeitnehmer_innen im unteren Einkommenssegment ist eine Verkürzung der individuellen Arbeitszeit allerdings wohl nur bei steigenden Stundenlöhnen akzeptabel. Das erklärt auch zumindest teilweise, warum auf der kollektiven Ebene sich der Trend in den vergangenen Jahren genau in die andere Richtung entwickelt hat: Konnten Gewerkschaften in den 1950er Jahren unter dem Motto „Samstags gehört Papi mir“ noch Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen und experimentierte der Volkswagenkonzern auch in den 1990ern noch mit der 30-Stunden-Woche, wurden in den vergangenen Jahren vor allem Arbeitszeitverlängerungen diskutiert und oft auch realisiert. Auf der individuellen und der politischen Ebene gibt es allerdings größere Spielräume und ist

auch bereits einiges passiert. Zumindest im höher qualifizierten Arbeitsmarktsegment gibt es zunehmend flexible Modelle der Arbeitszeitgestaltung. Beispiele für politische Gestaltungsmöglichkeiten der vergangenen Jahre sind unter anderem die Elternzeit und auch das gerade beschlossene Betreuungsgeld, die Anreize schaffen, die Lebensarbeitszeit zu verkürzen. Um allerdings weitergehende Arbeitszeitverkürzungen in allen Einkommensschichten möglich zu machen, sind zunächst Maßnahmen gegen die Prekarisierung und höhere Löhne am unteren Ende der Einkommensskala notwendig. Hier kann auch die Wachstumsdebatte durchaus neue Impulse geben und so eine andere politische Dynamik entfalten.

4.2 Demographischer Wandel

Eine weitere wichtige Triebfeder für Wirtschaftswachstum besteht in der demographischen Entwicklung. Global betrachtet nimmt die Bevölkerung weiterhin zu. Bis 2050 wird sie voraussichtlich um weitere 2 Milliarden auf dann 9 Milliarden Menschen anwachsen. Die Bedürfnisse dieser Menschen, wie auch derer, die heute am unteren Ende der globalen Einkommensskala leben, zu befriedigen, stellt eine zentrale Triebfeder für Wachstum dar. Diese Entwicklung lässt sich nur schwer beeinflussen. Langfristig ist sicherlich eine gewisse Selbstregulierung zu erwarten, da zunehmender Wohlstand und eine Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme erfahrungsgemäß sinkende Geburtenraten zur Folge haben. Die enormen Anstrengungen, das Bevölkerungswachstum weltweit durch Informations- und Aufklärungskampagnen zur Familienplanung zu verlangsamen, sind letztlich ein Versuch, diese Entwicklung zu beschleunigen.

In Deutschland und einigen anderen industrialisierten Ländern hingegen ist Bevölkerungsentwicklung schon heute rückläufig. Die Bundesregierung geht in ihrem optimistischen Szenario im Zeitraum 2010 bis 2060 von einem Bevölkerungsrückgang um 6,1 Millionen und von einem Rückgang der Anzahl der Erwerbspersonen um 6,5 Millionen aus. Der Altersquotient, also das Verhältnis der über 64-Jährigen zu den 15 bis 64-Jährigen in der Bevölkerung, steigt nach diesem Szenario von 31,2 auf 54,9 an (BMF 2011). Angesichts beitragsfinanzierter sozialer Sicherungssysteme, schafft dieser Bevölkerungsrückgang in Deutschland und anderen davon betroffenen Ländern einen Wachstumszwang. Da ein immer kleinerer Teil der Bevölkerung die sozialen Leistungen für einen immer größer werdenden Teil erbringen muss, der bereits aus dem Arbeitsleben ausgeschieden ist, bestehen starke Anreize für die Regierung, das Pro-Kopf-Einkommen zu steigern um die entstehenden Verteilungskonflikte abzumildern.

Um zu verhindern, dass Lohnnebenkosten ständig weiter steigen und Renten massiv sinken, strebt die Bundesregierung bisher vor allem eine Vergrößerung der Zahl der Erwerbspersonen u.a. durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Qualifizierungsmaßnahmen und gezielte Zuwanderung an. Diese Maßnahmen gehen jedoch sämtlich von der Annahme hoher Wachstumszahlen aus. Um den Wachstumszwang, der momentan vom demographischen Wandel ausgeht, zu mildern, wird es mittelfristig nötig sein, die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme grundsätzlich zu reformieren. Die Umstellung vom beitragsfinanzierten auf ein steuerfinanziertes Rentensystem könnte eine Stoßrichtung für eine solche Reform sein (z.B. in Form einer Bürgerversicherung und/oder eine Ökologische Steuerreform). Solche Reformen der sozialen Sicherungssysteme stehen nicht mit weiterem Wirtschaftswachstum im Konflikt und können es im Gegenteil sogar befördern. Gleichzeitig könnte auf diese Weise allerdings der Druck auf die Politik reduziert werden, Wirtschaftswachstum gezielt zu fördern, um die sozialen Sicherungssysteme zu finanzieren.

4.3 Staatsverschuldung

Auch von der gegenwärtig prekären Lage der Staatshaushalte in Deutschland und vielen anderen Industrieländern geht momentan ein zusätzlicher Wachstumszwang aus: Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte hat im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise massiv zugenommen. In der Geschichte der Bundesrepublik ist sie kontinuierlich angestiegen. Betrug die Staatsverschuldung 1996 noch 1,1 Billionen Euro oder 58,8 Prozent des BIP, war der Schuldenberg bis zum Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 bereits auf 1,58 Billionen Euro angewachsen. Durch die umfangreichen Konjunkturmaßnahmen, mit denen die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Wirtschaft bekämpft wurden ist sie im Zeitraum 2007 bis 2012 um etwa 37

Prozent auf 2,17 Billionen Euro oder 81,9 Prozent des BIP angewachsen. In den Mitgliedstaaten der EU betrug dieser Anstieg im Durchschnitt sogar 50 Prozent auf insgesamt 11,01 Billionen Euro bzw. 85,3 Prozent des BIP. Auch die deutliche Senkung der Neuverschuldung in den letzten Jahren ändert nichts daran, dass der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte auch in Deutschland weiter angestiegen ist.

Gegenwärtig tobt eine erbitterte Debatte darüber, welche Priorität der Haushaltskonsolidierung gegeben werden soll und auf welche Weise die Staatsdefizite abgebaut werden sollen. Während klassische Ökonomen und in ihrem Sinne insbesondere Internationaler Währungsfonds, Europäische Kommission und die deutsche Bundesregierung darauf drängen, der Konsolidierung der Staatsfinanzen in Krisenländern Priorität vor Konjunkturprogrammen und Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik einzuräumen, drängen eher keyensianisch geprägte Ökonomen und mit ihnen die Regierungen der von der Währungskrise besonders betroffenen Staaten darauf, durch konjunktur- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zunächst das Wirtschaftswachstum anzukurbeln um auf diese Weise den Schuldendienst zu erleichtern. Unabhängig von dieser Debatte herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass hohe Staatsdefizite sich langfristig negativ auf den Wohlstand auswirken. Eine Politik, die auf Wirtschaftswachstum setzt, ist im Angesicht hoher Defizite stets eine attraktive Option um den Schuldendienst zu erleichtern.

Wenn für Konjunkturprogramme jedoch das Geld fehlt und eine Politik, die im Angesicht wirtschaftlicher und sozialer Krisen „blind“ auf Wachstum setzt, die Lebensgrundlagen der Menschheit aufs Spiel zu setzen droht, ist es dringend notwendig nach Alternativen auch für die Konsolidierung des Staatshaushalts zu suchen. Im Angesicht hoher Schuldenberge ist es zum Beispiel dringend erforderlich umweltschädliche Subventionen abzubauen. Studien zeigen, dass eine Anhebung von Steuern und Abgaben auf Umwelt- und Ressourcenverbrauch im Angesicht hoher Staatsdefizite im Vergleich zur Anhebung anderer indirekter Steuern, Einkommenssteuern oder der Kürzung von Sozialausgaben weniger negative gesamtwirtschaftliche Auswirkungen haben (Vivid Economics 2012). Neben ihrem Konsolidierungsbeitrag schaffen sie gleichzeitig Anreize für Effizienzsteigerungen und tragen so zu einer effektiven Rahmensetzung für möglichst umweltverträgliches Wachstum bei. Gerade die europäischen Krisenstaaten wie Griechenland, Portugal, Spanien und Italien haben ein großes Potential ihre Handelsbilanz durch die Einsparung von Energieimporten zu verbessern und sind durch ihre natürlichen Gegebenheiten ideale Standorte um das Potential erneuerbarer Energien auszuschöpfen. Beides kann durch ökologische Steuerreformen unterstützt werden. Nicht zuletzt können auch höhere Steuern auf Vermögen und hohe Einkommen dem Staat zusätzliches Einkommen verschaffen und die massive soziale Schieflage in vielen Ländern mindern helfen. Und nicht zuletzt spielen in diesem Zusammenhang selbstverständlich auch grenzübergreifende Maßnahmen gegen legale und illegale Steuervermeidung und gegen Dynamiken des Steuerdumpings vor allem innerhalb der EU eine entscheidende Rolle

5 Schlussbemerkungen

Die Arbeit der Enquete-Kommission und die vielen wissenschaftlichen und politischen Vorarbeiten zur Weiterentwicklung der Wohlstandsmessung, die ihr vorausgegangen sind, sind wichtig, damit auch diejenigen Aspekte menschlichen Wohlbefindens wieder verstärkt in den Blick geraten, die nicht unmittelbar mit einer Ausweitung des Angebots an Waren und Dienstleistungen verbunden sind und sich die Politik nicht ausschließlich an dieser ausrichtet. Ein anderer Indikator allein führt jedoch noch nicht automatisch zu anderem Verhalten oder zu wirkungsvolleren Anreizen für Unternehmen und Verbraucher, ihre Produktions- und Konsumweisen so umzustellen, dass Umweltbelastungen auf ein ökologisch verträgliches Maß zurückgehen. Auch Aufklärung und Sensibilisierung von Unternehmen und Verbrauchern sind sicherlich sinnvoll. Es bedarf aber vor allem auch konkreter politischer Rahmensetzungen.

Die berechtigten Zweifel an der Zulänglichkeit des BIP als Wohlstandsmaß führen natürlich nicht dahin, dass ein wachsendes BIP als Hinweis auf schlechte Politik verstanden werden soll. Nachteilig auf den Wohlstand kann sich eine wachstumsorientierte Politik allerdings dann auswirken, wenn sie zur Übernutzung natürlicher Ressourcen und der übermäßigen Einschränkung anderer Wohlstandsquellen wie Freizeit und sozialem Engagement führt und diese Wohlfahrtsverluste den materiellen Wohlstandsgewinn übersteigen.

Eine wohlfahrtsorientierte Politik müsste stattdessen dafür Sorge tragen, dass neben einer ausreichenden Versorgung mit Waren und Dienstleistungen auch diese Quellen menschlichen Wohlbefindens hinreichend beachtet werden.

Der Stellenwert des BIP ist dabei nicht nur zwischen Wirtschafts- und Umweltverbänden umstritten. Vielmehr gibt es innerhalb des wachstumskritischen Diskurses ein Schisma zwischen denjenigen, die Wachstum für die ökologische Transformation für erforderlich erachten, und den Wachstums skeptikern, die in einer Abkehr vom Wachstum den einzigen Weg sehen, Leben und Wirtschaften innerhalb planetarer Grenzen zu ermöglichen. Glücklicherweise gibt es politische Handlungsansätze, die Wachstumszwänge lindern, und gleichzeitig auch im Rahmen von „grünen“ Wachstumsstrategien ihre Berechtigung haben. Beispiele dafür sind unter anderem die Förderung von Zeitwohlstand (etwa durch Arbeitszeitverkürzungen und eine gerechtere Verteilung der Arbeit) und die bessere Honorierung nicht am Markt erbrachter Arbeitsleistungen (die in Bezug auf die Kindererziehung bereits durch Kindergeld und Kinderfreibeträge, Elterngeld oder Erziehungsprämien erfolgt oder diskutiert wird, und sich weiter denken lässt bis hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen). Derartige Maßnahmen, die im Rahmen einer wohlfahrtsorientierten Politik zu ergreifen wären, würden im ersten Schritt durchaus zu einer zusätzlichen Belastung der Staatshaushalte führen. Neben einer Förderung wohlstandsmehrender Tätigkeiten müssen aber auch wohlstandsmindernde Tätigkeiten eingeschränkt werden. Hierzu bieten sich die Einführung bzw. Anhebung von Steuern etwa auf Ressourcenverbrauch, die kostenpflichtige Vergabe von Zertifikaten und der Abbau umweltschädlicher Subventionen an, aber auch die bessere Regulierung von Finanzmärkten (unter anderem durch die Einführung einer Finanztransaktionsteuer). Solche Maßnahmen könnten zum einen neue Spielräume im Staatshaushalt eröffnen, würden aber gleichzeitig die Anreize für technische Innovationen und eine schonende Nutzung der Ressourcen schaffen. Um marode Staatshaushalte zu sanieren sollten auf EU-Ebene zunächst Maßnahmen gegen legale und illegale Steuerflucht und Steuerdumping sowie eine höhere Besteuerung hoher Vermögen und Einkommen geprüft werden, statt bei der nötigen Konsolidierung blind auf Wachstum zu setzen.

Die De-Growth- wie auch die Green-Growth-Community täte gut daran, sich auf solche Konsensprojekte zu verständigen und an ihrer konkreten Umsetzung zu arbeiten, statt sich in theoretischen Diskussionen zu verzetteln und die praktische Politik denen zu überlassen, die Wachstum um jeden Preis wollen, ohne dabei ökologische und soziale Probleme zu berücksichtigen.

6 Literatur

Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2011): Dritter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, Berlin.

Commission in the Measurement of Economic Performance and Social Progress (CMEPSP) (2010): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, Paris, URL: http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf.

Deutscher Bundestag (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Drucksache 17/13300, elektronische Vorab-Fassung, Berlin, URL: http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Schlussbericht/17_13300_Vorabversion.pdf.

Jänicke, M./Jacob, K. (2008): Eine Dritte Industrielle Revolution? Wege aus der Krise des ressourcenintensiven Wachstums. In: BMU (Hrsg.): Die Dritte Industrielle Revolution - Aufbruch in ein Ökologisches Jahrhundert. Dimensionen und Herausforderungen des industriellen und gesellschaftlichen Wandels, Berlin.

Lutz, C./Giljum, S. (2009): Global resource use in a business-as-usual world until 2030. In: Bleischwitz/Welfens/Zhang (Hrsg.): Sustainable Growth and Resource Productivity. Economic and Global Policy Issues, Sheffield.

Madlener, R./Alcott, B. (2012): Herausforderungen für eine technisch-ökonomische Entkoppelung von Naturverbrauch und Wirtschaftswachstum unter besonderer Berücksichtigung der Systematisierung von Rebound-Effekten und Problemverschiebungen, Zürich, URL:

<http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/gutachten/m17-26-13.pdf>.

Meadows, D.H./Meadows, D.L./Zahn, E. (1972): Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart.

Meyer, B./Küchler, S./Ludewig, D./Mahler, A. (2013): Zuordnung der Steuern und Abgaben auf die Faktoren Arbeit, Kapital und Umwelt, Berlin, URL: <http://www.foes.de/pdf/2013-01-Steuerstruktur-2012.pdf>.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (2011): Towards Green Growth, Paris.

Rockström, J./Steffen, W./Noone, K./Persson, Å./Chapin, F.S./Lambin, E.F./Lenton, T.M./Scheffer, M./Folke, C./Schellnhuber, H.J./Nykvist, B./Wit, C.A. de/Hughes, T./Leeuw, S. van der/Rodhe, H./Sörlin, S./Snyder, P.K./Constanza, R./Svedin, U./Falkenmark, M./Karlberg, L./Corell, R.W./Fabry, V.J./Hansen, J./Walker, B./Liverman, D./Richardson, K./Crutzen, P./Foley, J.A. (2009): A safe operating space for humanity. In: Nature 461 (7263), S.472-475.

Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) (2012): Umweltgutachten 2012. Verantwortung in einer begrenzten Welt, Berlin.

Santarius, T. (2012): Der Rebound-Effekt. Über die unerwünschten Folgen der erwünschten Energieeffizienz, Wuppertal, URL: <http://www.santarius.de/wp-content/uploads/2012/03/Der-Rebound-Effekt-2012.pdf>.

The Conference Board (2013): Total Economy Database, URL: <http://www.conference-board.org/data/economydatabase/>

TNS Emnid (2012): Kein Wachstum um jeden Preis, Kurzbericht 2012, Bielefeld, URL:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-C4C15EE4-4FBCC53C/bst/xcms_bst_dms_36359_36360_2.pdf.

Umweltbundesamt (UBA) (2010): Wohlfahrtsmessung in Deutschland. Ein Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex, Dessau-Roßlau, URL: <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3902.pdf>.

United Nations Environment Programme (UNEP) (2011): Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication, Genf.

Vivid Economics (2012): CO2-Besteuerung und Haushaltskonsolidierung: Die Chancen von CO2-Preisen zur Reduzierung von Haushaltsdefiziten in Europa, London, URL:

http://www.vivideconomics.com/uploads/reports/fiscal-consolidation-and-carbon-fiscal-measures/Carbon_taxation_and_fiscal_consolidation_DE.pdf .

FÖRDERHINWEIS

Diese Publikation wurde gefördert von:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

**Umwelt
Bundes
Amt** 
Für Mensch und Umwelt

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.